

## **Satzung**

wir pflegen - Interessenvertretung und Selbsthilfe  
pflegender und betreuender Angehöriger in Rheinland-Pfalz e.V.

Gründungsdatum: 29.03.2025

### **Präambel**

Der Verein verpflichtet sich in seinem Handeln den Leitlinien des Bundesverbandes wir pflegen - Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.

Wir bekennen uns zu den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung, wie die Achtung der Menschenrechte, Souveränität des Volkes, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte und dem Mehrparteienprinzip.

### **§ 1 Name**

1. Der Verein führt den Namen: wir pflegen — Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender und betreuender Angehöriger in Rheinland-Pfalz e.V.
2. Der Vereinssitz ist Mayen.
3. Der Verein soll in das Vereinsregister des Amtsgerichts Koblenz eingetragen werden und führt nach der Eintragung den Namenszusatz e.V.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### **§ 2 Zweck**

1. Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Wohlfahrtspflege, der Bildung und des bürgerschaftlichen Engagements zum Wohle von Menschen in Pflegeverantwortung und mit Pflege- und Betreuungsbedarf in Rheinland-Pfalz sowie die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements von Menschen, die familiäre und nachbarschaftliche Pflege, Begleitung oder Betreuung zugunsten gemeinnütziger Zwecke.
2. Der Verein verwirklicht seine satzungsgemäßen Zwecke insbesondere durch
  - Unterstützung und Hilfeleistungen für Mitglieder, pflegende und betreuende An- und Zugehörige und andere hilfsbedürftige Personen
  - Förderung der Selbsthilfe pflegender Menschen
  - Entwicklung, Schulung und Information von Selbsthilfegruppen mit dem Ziel, den Menschen, die sich für ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder und Freunde einsetzen, ein hohes Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.
  - Durchführung von Informationsveranstaltungen, auch in digitaler Form
  - Interessenvertretung sowie Aufklärung der Öffentlichkeit zu Themen der familiären, häuslichen und nachbarschaftlichen Pflege

- Interessenvertretung pflegender und betreuender An- und Zugehöriger als Ansprechpartner für die Landesregierung, die Kommunen, die Kranken- und Pflegekassen, wissenschaftliche Institute und andere Organisationen, Verbände und Einrichtungen zur Verbesserung der Unterstützungsangebote im Bereich Pflege sowie
- Gesundheits-, sozialpolitische und wissenschaftliche Initiativen

sowie weitere mit den vorgenannten Zwecken im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, die ausschließlich und unmittelbar diesen Zwecken dienen.

3. Der Verein ist unabhängig, überparteilich und überkonfessionell.

### **§ 3 Gemeinnützigkeit**

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwandt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Die zur Erreichung seines Zweckes erforderlichen Mittel erwirbt der Verein vor allem durch die Mitgliedsbeiträge, Sach- und Geldspenden, Veranstaltungen, Fördermittel und sonstige Zuwendungen.
4. Rücklagen dürfen nur gebildet werden, soweit die Vorschriften des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts dies zulassen.
5. Es darf keine Person durch Zuwendungen, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

### **§ 4 Gliederungen**

1. Der Verein ist eine Gliederung des Vereins „wir pflegen - Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.“ (nachfolgend Bundesverband).
2. Der Verein erkennt das Verbandsstatut des Bundesverbands in der jeweils von der Mitgliederversammlung des Bundesverbands beschlossenen Fassung als für sich verbindlich an und verpflichtet sich, die darin vorgesehenen Aufsichtsmaßnahmen zu befolgen.
3. Gliederungen des Vereins sind selbständig eingetragene Vereine, die das Verbandsstatut des Bundesverbandes anerkennen und deren Satzung den Mindestanforderungen der von dem Bundesverband erlassenen verbindlichen Mustersatzung für Gliederungen entspricht und für ein bestimmtes Gebiet zuständig ist, das den politischen Grenzen einer oder mehrerer Gebietskörperschaften innerhalb von Rheinland-Pfalz entspricht. Der Verein unterstützt die Gründung von nachgeordneten Gliederungen.

### **§ 5 Mitglieder**

1. Der Verein hat ordentliche Mitglieder und Fördermitglieder.
2. Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden, die bereit ist, aktiv an der Verwirklichung des Vereinszwecks mitzuarbeiten.

3. Förderndes Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung werden, die den Zweck und die Interessen des Vereins unterstützen will.
4. Personen, die in einem Arbeitsverhältnis zum Verein stehen, können kein ordentliches Mitglied sein; eine bestehende ordentliche Mitgliedschaft geht für die Dauer des Bestandes des Arbeitsverhältnisses in eine fördernde Mitgliedschaft über.
5. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und Handlungen zu unterlassen, die das Ansehen und den Zweck des Vereins schädigen können. Sie haben die Satzung zu beachten.

## **§ 6 Mitgliedschaft**

1. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand auf schriftlichen Antrag. Die Mitgliedschaft entsteht mit dem Beschluss über die Aufnahme.
2. Im Falle der Ablehnung des Aufnahmeantrages steht der betroffenen Person die Beschwerde an die Mitgliederversammlung offen. Diese entscheidet endgültig.
3. Die Mitgliedschaft endet
  - a. mit dem Tod des Mitglieds, bei juristischen Personen und Personenvereinigungen mit ihrer Auflösung.
  - b. durch schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Vorstand. Die Austrittserklärung kann nur zum Ende eines Jahres mit einer Frist von einem Monat erfolgen. Der Vorstand kann in Ausnahmefällen einer kürzeren Frist zustimmen.
  - c. durch Ausschluss aus dem Verein.
4. Der Ausschluss aus dem Verein kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn das Mitglied in erheblichem Maße gegen Vereinsinteressen verstoßen hat oder trotz schriftlicher Erinnerung mit einem Jahresbeitrag länger als sechs Monate im Rückstand ist. Vor dem Ausschluss ist dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich schriftlich zum beabsichtigten Ausschluss zu äußern.
  - a. Der Ausschluss eines Mitglieds erfolgt durch schriftlichen Bescheid des Vorstandes und wird mit dem Zugang des Bescheides beim Mitglied wirksam. Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen.
  - b. Gegen einen Ausschluss gemäß Absatz 3c kann das betroffene Mitglied innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach Mitteilung des Ausschlusses die nächste Mitgliederversammlung anrufen. Die Anrufung der Mitgliederversammlung hat keine aufschiebende Wirkung. Das betroffene Mitglied hat in der Mitgliederversammlung das Recht seinen Standpunkt darzulegen. Es hat kein Stimmrecht.
  - c. Das Verlangen nach einer Entscheidung der Mitgliederversammlung ist an den Vorstand zu richten
5. Die Mitgliederversammlung oder der Vorstand kann eine natürliche Person für eine Ehrenmitgliedschaft vorschlagen. Die Ehrenmitgliedschaft wird von der Mitgliederversammlung bestätigt.

## **§ 7 Beiträge**

Die Mitglieder entrichten einen jährlichen Mitgliedsbeitrag. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags und das Erhebungsverfahren legt die Mitgliederversammlung in der Mitgliedsbeitragsordnung fest.

## **§ 8 Organe**

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung
2. der Vorstand

## **§ 9 Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins und findet einmal jährlich als ordentliche Mitgliederversammlung statt.
2. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand unter Einhaltung einer Frist von mindestens vier Wochen unter Bekanntgabe der Tagesordnung in Textform. Die Mitgliederversammlung kann als Präsenzversammlung, als virtuelle Mitgliederversammlung ohne physische Präsenz der Mitglieder oder als hybride Mitgliederversammlung abgehalten werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Vorstand.
3. Der Tag der Absendung und der Tag der Mitgliederversammlung werden nicht mitgerechnet. Die Einladung gilt als dem Mitglied zugegangen, wenn sie an die letzte vom Mitglied dem Verein in Textform bekanntgegebene Adresse gerichtet wurde.
4. Auch bei einer hybriden Mitgliederversammlung müssen die Mitglieder in der Lage sein, während der Versammlung ihre Mitgliedsrechte, insbesondere das Rederecht, das Antragsrecht und das Stimmrecht, auszuüben. Die konkrete Ausgestaltung der Teilnahmemodalitäten wird vom Vorstand im Einladungsschreiben bekanntgegeben. Den Mitgliedern wird die Verpflichtung auferlegt, ihre Zugangsdaten keiner dritten Person zugänglich zu machen und unter Verschluss zu halten
5. Auf Antrag können Themen ausschließlich unter den ordentlichen Mitgliedern beraten werden.
6. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn die Interessen des Vereins dies erfordern oder dies von mindestens 1/3 der Vereinsmitglieder unter Angabe der Tagesordnungspunkte schriftlich beantragt wird. Für Form und Frist der Einberufung gilt Absatz 3. Das Einberufungsverlangen ist der Einladung beizufügen.
7. Die Mitgliederversammlung wird durch ein Vorstandsmitglied geleitet. Die Mitgliederversammlung kann eine/n andere/n Versammlungsleiter/in wählen.
8. Die Mitgliederversammlung ist, soweit nicht durch Gesetz oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Sofern im Gesetz oder in der Satzung nichts anderes bestimmt ist, fällt die Mitgliederversammlung ihre Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der von den anwesenden ordentlichen Mitgliedern insgesamt abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

9. Ordentliche Mitglieder haben das Recht, in der Mitgliederversammlung Fragen und Anträge einzubringen
10. Natürliche Personen haben als ordentliches Mitglied jeweils eine Stimme. Gliederungen haben keine zusätzliche Stimme und werden durch ihre im Verein gemeldeten ordentlichen Mitglieder vertreten.
11. Ein Mitglied kann für die Mitgliederversammlung ein anderes ordentliches Mitglied schriftlich bevollmächtigen, sein Stimmrecht wahrzunehmen. Ein Mitglied kann maximal zwei weitere Stimmen auf sich vereinen. Die Vollmacht verbleibt bei dem Verein.
12. Fördermitglieder nehmen an der Mitgliederversammlung mit beratender Stimme teil und erhalten Rederecht.
13. Beschlüsse über Satzungsänderungen des Vereins erfordern eine Mehrheit von zwei Dritteln der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitgliederstimmen. Die beabsichtigte Satzungsänderung muss den Mitgliedern in der Einladung mitgeteilt worden sein. Eine Satzungsänderung erfordert zu ihrer Wirksamkeit die Zustimmung der nächsthöheren Gliederung.
14. Über jede Mitgliederversammlung wird ein Protokoll angefertigt, in dem der Wortlaut der Beschlüsse festgehalten ist. Das Protokoll ist von der Versammlungsleitung und einem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

## **§ 10 Aufgaben der Mitgliederversammlung**

Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:

1. Beschlussfassung über grundsätzliche Angelegenheiten des Vereins und Bestimmung der Richtlinien für die Arbeit des Vorstandes;
2. Wahl und Abwahl der Mitglieder des Vorstandes;
3. Beschluss des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr, Entgegennahme des Rechenschaftsberichts und Entlastung des Vorstandes;
4. Festsetzung der Mitgliedsbeitragsordnung;
5. Informationen über Vereinsordnungen und deren Veränderungen;
6. Beschluss über den Ausschluss eines Mitglieds auf Antrag des beschwerdeeinlegenden Mitglieds
7. Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und über die Auflösung des Vereins.
8. Wahl von zwei oder mehr Kassenprüferinnen/Kassenprüfern für jeweils zwei Jahre. Die Mitgliederversammlung kann auch beschließen, mit der Prüfung eine externe Einrichtung zu beauftragen.

## **§ 11 Gesamtvorstand und geschäftsführender Vorstand**

1. Der Gesamtvorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand und bis zu zwölf (12) Beisitzer/innen. Die Anzahl wird jeweils von der Mitgliederversammlung festgelegt. Mit-

glieder des Gesamtvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes können nur Personen sein, die ordentliches Mitglied des Vereins sind.

2. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus mindestens drei (3) und maximal aus fünf (5) Personen. Zum Zeitpunkt der Wahl soll die Mehrheit der Mitglieder des Gesamtvorstandes aus pflegenden, begleitenden, ehemals pflegenden oder betreuenden Zu- und Angehörigen oder nahestehenden Personen bestehen.
3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der geschäftsführende Vorstand. Der Verein wird durch jeweils zwei (2) Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands gemeinsam vertreten. Jedes Vorstandsmitglied kann von der Mitgliederversammlung von den Beschränkungen des § 181 BGB für Geschäfte mit anderen gemeinnützigen Organisationen befreit werden.
4. Der geschäftsführende Vorstand führt die Geschäfte des Vereins, soweit nicht nach dieser Satzung im Innenverhältnis des Vereins der Gesamtvorstand zuständig ist. Der geschäftsführende Vorstand ist insbesondere zuständig für:
  - a. Die Umsetzung der satzungsmäßigen Zwecke des Vereins.
  - b. Die Aufstellung und Umsetzung des Haushalts.
  - c. Die Umsetzung der von der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse.
  - d. Die Wahrnehmung von Gesellschafter- und Mitgliederrechten des Vereins.
  - e. Die Wahrnehmung der Arbeitgeberfunktion gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vereins.
  - f. Die Entscheidung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern.
5. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
6. Für Vorstandssitzungen (geschäftsführender Vorstand und Gesamtvorstand) gelten die Regelungen gemäß § 9 Nr.2 und Nr. 3 der Satzung zu hybriden Mitgliederversammlungen entsprechend.
7. Vorstandsbeschlüsse können auch schriftlich, per E-Mail und/oder durch vergleichbare elektronische Kommunikation gefasst werden. Ein solcher Beschluss ist gültig, wenn alle stimmberechtigten Vorstände beteiligt wurden und bis zu dem vorab gesetzten Termin mindestens die Hälfte der beteiligten Vorstände ihre Stimme(n) in Textform abgegeben haben und der Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit gefasst wurde.
8. Der geschäftsführende Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, in der die interne Arbeitsweise und Aufgabenverteilung innerhalb des geschäftsführenden Vorstandes geregelt wird und entscheidet über den Sitz der Geschäftsstelle. Jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes erarbeitet für seinen Bereich eine Tätigkeitsbeschreibung, über die im geschäftsführenden Vorstand entschieden wird.
9. Der Gesamtvorstand berät den geschäftsführenden Vorstand. Der Gesamtvorstand beschließt eine Geschäftsordnung für den Gesamtvorstand.

10. Die Geschäftsordnungen für den geschäftsführenden Vorstand und den Gesamtvorstand können weitere Voraussetzungen für die Beschlussfähigkeit aufstellen, und für den Fall, dass eine Sitzung beschlussunfähig war, die Voraussetzung für die Beschlussfähigkeit abweichend regeln. Die Unterzeichnung in elektronischer Form (§ 126 a BGB) ist zulässig.
11. Über jede Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes und des Gesamtvorstands wird ein Protokoll angefertigt. Das Protokoll ist von der Leiterin /dem Leiter der Sitzung und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung in elektronischer Form (§ 126 a BGB) ist zulässig.
12. Die Mitglieder des Vorstands üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Ihnen werden Reisekosten und sonstige Aufwendungen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit entstehen, unter Beachtung der geltenden steuerlichen Vorschriften als Auslagen erstattet.

## **§ 12 Wahl des Gesamtvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes**

1. Die Wahl der Mitglieder des Gesamtvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes erfolgt in getrennten Wahlgängen geheim.
2. Bei Wahlen ist die Kandidatin/der Kandidat gewählt, welche/r die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Erreicht keine/keiner der Kandidatinnen/Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, ist ein zweiter Wahlgang durchzuführen. Im zweiten Wahlgang ist die Kandidatin/der Kandidat gewählt, die/der die meisten Stimmen auf sich vereint. Näheres regelt die Wahlordnung.
3. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt auf zwei Jahre. Der Vorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt. Eine Wiederwahl ist möglich.
4. Scheiden ein oder mehrere Mitglieder des Gesamtvorstandes vorzeitig aus, kann der verbleibende Gesamtvorstand ein oder mehrere ordentliche Vereinsmitglieder für die Dauer der restlichen Amtszeit zum Gesamtvorstand ergänzend hinzu wählen. Das oder die ergänzend gewählten Gesamtvorstandsmitglieder müssen in der nächsten Mitgliederversammlung bestätigt werden.

## **§ 13 Geschäftsführung**

Der Vorstand ist berechtigt, für gewisse Geschäfte eine/n Geschäftsführer/in als besonderen Vertreter gemäß § 30 BGB zu bestellen und das Aufgabengebiet festzulegen. Der Abschluss des Anstellungsvertrages mit der/m Geschäftsführer/in obliegt dem geschäftsführenden Vorstand.

## **§ 14 Beirat**

Der Verein kann durch Beschluss des Vorstandes Beiräte bilden. Beiräte sollen Empfehlungen zur Verwirklichung der Vereinsziele erarbeiten. Der Vorstand soll bei seinen Entscheidungen die Empfehlungen des Beirates berücksichtigen.

## **§ 15 Auflösung des Vereins**

1. Die Auflösung des Vereins kann nur von der Mitgliederversammlung mit drei Viertel Mehrheit beschlossen werden. Der Antrag hierzu muss der Einladung beiliegen.
2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen an den Bundesverband, der es unmittelbar für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke

zu verwenden hat. Die Auskehrung des Vereinsvermögens ist erst nach Zustimmung des zuständigen Finanzamtes zulässig.

#### **§ 16 Inkrafttreten**

Der Vorstand hat die Befugnis, Änderungen der in der Mitgliederversammlung am 29.03.2025 beschlossenen Fassung der Satzung vorzunehmen, die von einem Gericht oder den Finanzbehörden verlangt werden, um die Eintragung in das Vereinsregister oder die Gemeinnützigkeit des Vereins zu erreichen oder zu erhalten. Über so vorgenommenen<sup>1</sup> Satzungsänderungen sind die Mitglieder innerhalb von vier Wochen schriftlich zu informieren.

#### **§ 17 Zustimmungsvorbehalt**

Diese Satzung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung der nächsthöheren Gliederung. Die Anmeldung zum Vereinsregister darf erst erfolgen, wenn die Zustimmung erteilt ist. Die Zustimmung ist der Anmeldung beizufügen.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 29.03.2025 in Montabaur

Geändert durch Beschluss gemäß § 16 vom 11.05.2025